

Lugnorre, 5. November 2013

Pressemitteilung

Parolenfassung zur Volksabstimmung vom 24. November 2013

ZWEIMAL NEIN UND EINMAL JA DER FDP SEEBEZIRK

Die FDP See wehrt sich vehement gegen die unsinnige 1:12 Initiative. Diese Vorlage ist wohl die gefährlichste und kontraproduktivste der letzten Jahrzehnte für den Arbeitsplatz Schweiz. Die Partei spricht sich ausserdem gegen die Familieninitiative und für die Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes aus.

Das von den Jungsozialisten initiierte Volksbegehren will dem Stimmbürger weismachen, dass mit einer Annahme die Lohngerechtigkeit grösser und das Lohnniveau in der Schweiz generell angehoben werden. Genau das Gegenteil wird der Fall sein! Die bereits heute in den meisten Betrieben gültigen Verhältnisse würden gegen unten korrigiert und die Unternehmungen mit einer grossen Lohnschere ihre Arbeitsplätze ins Ausland verlagern oder die Firma aufteilen. Die volkswirtschaftlichen Konsequenzen, insbesondere die Löcher in den Sozialversicherungen wären verheerend und müssten von der jetzt schon benachteiligten Mittelschicht getragen werden.

Deshalb setzt sich die FDP mit aller Kraft für die Ablehnung der Vorlage ein. In Tat und Wahrheit wird durch eine Annahme der Initiative der Arbeits- und Werkplatz Schweiz massiv geschwächt und setzt das seit jeher gut funktionierende System der Sozialpartnerschaft aufs Spiel.

In der Schweiz sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in einem offenen Dialog den Lohn für die geleistete Arbeit aushandeln und nicht durch staatliche Intervention vorgeschrieben werden.

Gleichzeitig verurteilt die Partei aber mit Nachdruck die masslosen Löhne, welche von einzelnen Unternehmungen praktiziert werden und mahnt diese zur Vernunft. Das Schweizer Volk hat ein Recht dazu sich über solche Managerlöhne zu beklagen.

Da die **Initiative 1:12** aber das vollkommen falsche Mittel zur Bekämpfung dieser Missstände ist, empfiehlt die FDP See die Vorlage zur **Ablehnung**.

Auch die ebenfalls sehr attraktiv daher kommende aber in ihrer Umsetzung sehr problematische **Familieninitiative** der SVP empfiehlt die Partei zur **Ablehnung**.

Einerseits aus gesellschaftspolitischer Sicht; die FDP ist der Meinung, dass es jeder Familie und jedem Paar freigestellt sein soll zu entscheiden, wie Ihre Kinder betreut werden sollen. Ein steuerlicher Anreiz für eine Betreuungsform entspricht nicht dem liberalen Gedankengut.

Weiter führt die Vorlage zu einer Ungerechtigkeit im Bereich der Steuern. So werden Paare welche Ihre Kinder selbst betreuen steuerlich entlastet, obwohl kein zusätzliches Steuersubstrat durch Arbeit erbracht wird. Es ergeben sich also nur zusätzliche Ausgaben, ohne entsprechende Einnahmen.

Nicht zu vergessen, dass bereits heute Kinderabzüge gemacht werden können, welche die allgemein anfallenden Kosten kompensieren sollen.

Die dritte zur Abstimmung gelangende Vorlage zur **Nationalstrassenabgabegesetz** empfiehlt die FDP zur **Annahme**.

Unbestritten ist eine dermassen starke Erhöhung der Autobahnvignette störend, und man muss die Bemerkung gelten lassen, dass dies gerade dem Transportgewerbe zu schaffen macht. Hingegen ist aber auch zu erwähnen, dass sich die Strassenabgaben in unserem Land noch in einem relativ bescheidenen Rahmen bewegen.

Für die FDP ist entscheidend, dass die zusätzlichen Einnahmen auch tatsächlich dem Strassenverkehr und seiner Infrastruktur zugutekommen. Gleichzeitig verurteilt die Partei die Androhung bei einem Nein die fehlenden Einnahmen über den Treibstoffzoll zu erheben. Eine solche Argumentation zeugt von wenig Überzeugungskraft des zuständigen Departementes.

Im Sinne eines gut funktionierenden Strassenverkehrs empfiehlt die FDP ohne Begeisterung ein Ja in die Urne zu legen.

Kontakt :

Guy Petter, Präsident FDP.Die Liberalen Seebezirk
praesident@fdp-see.ch, +41 79 299 85 38
